

Neue Thesen der Wirtschaft zur Bildungspolitik

Seit mehreren Jahren macht meine Fraktion auf die Notwendigkeit der polytechnischen Bildung an den Sekundarschulen aber auch an den Gymnasien aufmerksam. Unsere Definition der „Polytechnischen Bildung“ schließt ein tieferes Verständnis des erworbenen Wissens, eine nachhaltige Entwicklung der Lernmotivation durch praktische und lebensverbundene Fragestellungen, eine Vertiefung der technischen, technologischen, wirtschaftlichen und sozialen Grundbildung sowie eine bessere Orientierung auf das künftige Berufs- und Erwerbsleben ein. Dazu sollen sich Schulen verstärkt auch ihrem Sozialraum zuwenden und vielfältige Kooperationsbeziehungen mit der Kommune, der Wirtschaft, mit berufsbildenden Schulen und weiteren gesellschaftlichen Bereichen entwickeln.

Sieht man sich die Thesen des Forums Wirtschaft und Arbeit an, so scheint es, gibt es zu unseren Ansätzen eine Reihe Übereinstimmungen.

Wir gehen davon aus, dass jeder junge Mensch das Recht hat, seine Berufswahl frei treffen zu können. Das schließt selbstverständlich auch die Entscheidung für ein Hochschulstudium ein. Die Einlassungen, die Wirtschaftsminister Haseloff auch in seinen Erklärungen zum Thesenpapier besonders heraushebt, Sachsen-Anhalt brauche nicht so viele studierte Fachleute, eher müsse der Facharbeiternachwuchs stabilisiert werden, geht am Problem vorbei.

Die reale Studienanfängerquote in Sachsen-Anhalt ist noch weit von Spitzenwerten entfernt. Für eine nachhaltige wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung braucht Sachsen-Anhalt mehr Hochschulabsolventinnen und –absolventen nicht weniger. Die lohnende Perspektive einer soliden Berufsausbildung auf Facharbeiterniveau soll das nicht in Frage stellen. Aber anstatt den Hochschulzugang in Frage zu stellen, sollte man sich der immer noch hohen Zahl von Schulabgängerinnen und Schulabgängern - vor allem ohne Abschluss oder lediglich mit einem Hauptschulabschluss - mit erheblichen Defiziten in der Ausbildungsfähigkeit zuwenden.

Die Thesen geben hierzu einige Anregungen.

Neben erheblichen Problemen, die ohne Frage im allgemein bildenden Schulwesen überwunden werden müssen, sehen wir auch die Berufsausbildung selbst in der Pflicht.

Gerade die berufsvorbereitenden Maßnahmen müssen systematisch als Einheit von betrieblicher und schulischer Ausbildung gestaltet werden, d.h. die betriebliche Praxis sowie schulische Bildungsangebote zu verzahnen, bei den jungen Menschen die Ausbildungsmotivation zu entwickeln und das fachliche Grundwissen zu festigen. Solche Maßnahmen müssen aufhören, eine „Warteschleife“ zu sein, sie müssen aussichtsreicher Teil einer ordentlichen Berufsausbildung werden.

Auch an den Lernort „Betrieb“ sind in diesem Sinne neue Anforderungen und höhere Qualitätsmaßstäbe zu stellen. Ein Wort dazu hätte aus meiner Sicht die Thesen bereichert.

Hans-Joachim-Mewes, ausbildungspolitischer Sprecher